



Materialien zum Lernmodul: Wie arbeitet die Europäische Union?

Die Bürgerinitiative – Ausschnitte aus österreichischen Presseberichten

Magere Bilanz für EU-Bürgerinitiative

DiePresse.com, 18.10.2013

Wien. „Mit der Bürgerinitiative eröffnen wir ein ganz neues Kapitel in der europäischen Demokratie“, sagte der damalige Vorsitzende des Ministerrats, der dänische Europaminister Nicolai Wammen, im März 2012. Heute, nur eineinhalb Jahre später, muss die anfängliche Euphorie breiter Ernüchterung weichen. Keine einzige Initiative ist bisher abgeschlossen. Viele Begehren wurden aus formalen Gründen abgelehnt.

Aber von Anfang an: Die europäische Bürgerinitiative wurde ursprünglich im Vertrag von Lissabon verankert, um die partizipative Demokratie in der EU zu stärken. In vielen Staaten dominiert der Frust über mangelnde Beeinflussungsmöglichkeiten von Entscheidungsprozessen in der Brüsseler Kommission. Seit April letzten Jahres können die Bürger nun selbst und direkt Einfluss auf die Gesetzgebung der EU nehmen – zumindest in der Theorie.

Denn die Auflagen für eine erfolgreiche Bürgerinitiative sind hoch: Mindestens eine Million Bürger aus sieben der 28 Mitgliedstaaten müssen unterschreiben, damit sich die Kommission mit dem Thema befasst. In jedem Land gilt je nach Einwohnerzahl eine Mindestzahl an Unterschriften, in Österreich sind es 14.250.

Eine weitere Hürde: der technische Aufwand beim Unterschriften-Sammelsystem. Bevor Unterstützungsbekundungen online gesammelt werden können, müssen die Antragsteller einen Dienstleister suchen, der bereit ist, das Online-Sammelsystem zu hosten. In einem weiteren Schritt muss das System von der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats zertifiziert werden – insgesamt also besonders für private Aktionisten eine mühsame Prozedur.

Bisher haben 17 Bürgerinitiativen die Registrierung bei der Kommission geschafft. Sie decken ein breites Themenspektrum ab: So werden derzeit europaweit Unterschriften für Medienpluralismus, ein einheitliches Tempolimit von 30km/h in allen städtischen Gebieten der EU, ein bedingungsloses Grundeinkommen, das Recht auf Wasser oder gegen embryonale Stammzellenforschung gesammelt. [...]

Grundsätzlich wird eine Initiative von der Kommission nur genehmigt, wenn sie einen Themenbereich abdeckt, für den die Behörde zuständig ist. Bisher wurden zwölf Aktionen abgelehnt; das Anti-Atom-Begehren der Umweltorganisation Global 2000 gehört dazu. Die Kommission erklärte, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie in den Verträgen der EU nicht vorgesehen sei. [...]

Quelle:

<http://diepresse.com/home/politik/eu/1466351/Magere-Bilanz-fur-EUBurgerinitiative> (02.09.2014)

EU-Bürger können bald aufbegehren

DerStandard.at, 29.02.2012

Wien - Ab April können eine Million EU-Bürger in sieben Mitgliedstaaten die Kommission veranlassen, sich mit einem bestimmten Politikbereich zu befassen: Am Mittwoch schaffte der Nationalrat die gesetzliche Grundlage für die Einführung ein solches Volksbegehrens, korrekt "Europäische Bürgerinitiative" genannt.

Das im Vertrag von Lissabon festgeschriebene Instrument wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ sowie Grünen - und damit mit Verfassungsmehrheit - abgesehnet. Nur das BZÖ, sonst eigentlich auch für seine Rufe nach mehr direkter Demokratie bekannt, sträubte sich als einzige Partei dagegen.

Woran sich das Bündnis konkret stößt: Dass durch die hohe Anzahl an erforderlichen Unterschriften erst recht wieder nur Parteien und große Gewerkschaften Einfluss auf die Union nehmen könnten. "Und grundsätzliche Forderungen zu EU-Verträgen sind erst gar nicht möglich", beschwerte sich Herbert Scheibner vom BZÖ. Außerdem müssten Unterstützer bei der Wahlbehörde ihren Pass oder ihren Personalausweis vorlegen. Dies seien schärfere Auflagen, als wenn man von seinem Wahlrecht Gebrauch mache, so Scheibner. Sein Befund: Die EU-Bürgerinitiative sei nichts anderes als ein "Placebo der direkten Demokratie".

Auch den Grünen missfällt, dass bei der Stimmabgabe ein Reisepass verlangt wird. Sie sorgen sich, dass damit Personen ohne dieses Dokument diskriminiert werden. Grundsätzlich freuen sie sich aber darüber, dass EU-Bürger bald aufbegehren können. [...]

Quelle: <http://derstandard.at/1330389974358/Demokratie-reparieren-EU-Buerger-koennen-bald-aufbegehren> (02.09.2014)

Demokratie in Europa: Schnauze, Volk!

Profil.at, 11.4.2013

Sie sind EU-Bürger und fühlen sich demokratiepolitisch irgendwie unterfordert? Unausgelastet? Ihre Indifference-Democracy-Balance ist in Schräglage geraten? Selbst schuld. Jeder der 500 Millionen Einwohner der Europäischen Union ist derzeit aufgerufen, bis 1. November dieses Jahres den Kampf gegen die tierexperimentelle Forschung aufzunehmen und die Europäische Bürgerinitiative „Stop Vivisection“ zu unterzeichnen. Bei dieser Gelegenheit kann man sich auch für die Einführung des Straftatbestands des Hinmetzeln von Ökosystemen („Ökozid“) stark machen, das langfristige Ziel eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ befürworten oder Tempo 30 in allen europäischen Städten verlangen.

Allesamt wichtige Themen, zweifellos, und doch beschleicht derzeit viele Europäer das Gefühl, sie würden mit Tempo 30 auf die Kriechspur geschickt, um bei den wirklich bedeutenden Angelegenheiten nicht im Weg zu stehen.[...]

Quelle: <http://www.profil.at/articles/1315/560/356451/demokratie-europa-demokratie-europa-schnauze-volk> (02.09.2014)

1,6 Millionen Europäer erheben ihre Stimme – wer hört zu?

Salzburg.com, 18.02.2014

Die Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht" hat als erste die Hürde von einer Million Unterschriften gestemmt. Bleibt die Frage: Wie viel Gewicht gibt die Kommission der Basisdemokratie?

Brüssel ist weit weg. Genau wie die Politik, die dort betrieben wird. Ein Großteil der Bürger meint, kaum Mitspracherecht zu haben. Nur 34 Prozent der Österreicher denken, ihre Stimme zähle in der EU, ergab die jüngste Eurobarometer-Umfrage.

Mehr als eineinhalb Millionen Europäer haben jetzt das Gegenteil bewiesen. Sie haben die Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht" unterzeichnet. Es ist die erste Initiative, die die nötigen Unterschriften zusammengebracht hat, damit das Thema von der Kommission behandelt werden muss. Am Montag fand die Anhörung der Initiatoren vor der Kommission und Parlament statt. "Ein großer Tag für die Basisdemokratie", sagte der zuständige Kommissar Maros Sefcovic. Bei einem Tag sollte es nicht bleiben.

Wie erfolgreich das Konzept der Europäischen Bürgerinitiative langfristig sein wird, hängt davon ab, wie die Kommission mit dem Ergebnis dieser ersten erfolgreichen umgeht. Mitte März wird ihre Stellungnahme dazu erwartet. Einen ersten Erfolg gab es schon im Vorfeld: Die Kommission ließ das Thema Wasserversorgung bei einem Gesetz zur Vergabe von Konzessionen außen vor. In der Bürgerinitiative wurde aber generell gefordert, dass der Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung nicht den Regeln des Binnenmarktes unterworfen wird, der gesamte Bereich also nicht liberalisiert wird. Geht die Kommission nicht auf diese Forderung ein, ist das ein fatales Zeichen - ein Schlag ins Gesicht für jene, die um Unterschriften gelaufen sind und für jene, die unterzeichnet haben: Für europäische Bürger, die von ihrem demokratischen Recht gebraucht gemacht haben.

Dieses demokratische Recht ist noch relativ jung. Die Europäische Bürgerinitiative gibt es erst seit dem Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat. Und sie hat noch einige Kinderkrankheiten, gestand Kommissar Sefcovic ein. Die hat auch der österreichische Gewerkschafter Thomas Kattnig kennen gelernt, der die Initiative in Österreich koordiniert hat. Das Hauptproblem aus seiner Sicht: Das Sammeln der Unterschriften läuft in den Mitgliedsstaaten nicht einheitlich ab. In Österreich müssen die Bürger etwa ihre Ausweisnummer angeben, um unterschreiben zu können. Das habe viele abgeschreckt. Eine Million Unterschriften aus sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten sind notwendig, damit die Kommission sich mit einer Bürgerinitiative befassen muss. Die kann in der Regel nur erreichen, wer gut vernetzt ist.

Hinter der Initiative "Wasser ist ein Menschenrecht" stehen neben der Gewerkschaft auch Organisationen gegen Armut, für Umweltschutz und für die Förderung von öffentlicher Gesundheit und Patientenrechten. Es sind Interessenvertreter, die allesamt auf europäischer Ebene gut zusammenspielen. Das müssen sie auch, denn die Anliegen, die sie vertreten, sind nicht nur nationaler Natur, sondern haben eine europäische Dimension. Eine Dimension, die endlich auch die Bürgerbeteiligung hat, sofern die Kommission sie ernst nimmt und die Teilnahme an Initiativen europaweit vereinheitlicht.

Quelle: <http://www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/eu-check/sn/artikel/16-millionen-europaeer-erheben-die-stimme-wer-hoert-zu-94939/> (02.09.2014)